



Erziehung zur Demokratie – (Wie) geht das?“ (Fh 2018/2)

von *Sabine Mänken*

Auftaktveranstaltung des Bundesforum Familie zum Thema „Familie, Partizipation und Demokratie“

Am 26. April 2018 trafen sich in Berlin Delegierte der Mitgliedsverbände des Bundesforum Familie, um das Diskussionsthema „Familie in der Demokratie“ für die kommenden zwei Jahre vorzubereiten. Das Bundesforum Familie ist ein unabhängiges Netzwerk für ausgewählte Themen der Familienpolitik, das durch die Zusammenarbeit von rund 120 Mitgliedsorganisationen die Lebensbedingungen der Familie verbessern will.

Im Oktober letzten Jahres hatten sich die Delegierten mehrheitlich für eine Untersuchung der Zusammenhänge zwischen den Aufgaben der Familie in der Demokratie und den Rückwirkungen der Politik auf die Demokratiefähigkeit von Familien entschieden. Für die nun folgende Einstimmung zum Thema waren verschiedene Impulsreferate geplant, in denen im Wesentlichen im Bildungsbereich bereits tätige Akteure ihre Bemühungen um die Demokratiefähigkeit von Kindern schilderten. Dabei wurden verschiedene bereits bestehende Projekte vorgestellt, angefangen von „Demokratieförderung und Partizipation in Kitas“ sowie im schulischen Bereich bis hin zur „außerinstitutionellen Demokratieförderung“ und der Frage „Wie geht konstruktives Streiten innerhalb von Familien“.

Bereits an der Themenauswahl der Impulsreferate war ersichtlich, dass der Fokus der Themenbearbeitung vorrangig auf die DemokratieBILDUNG von Kindern durch externe, staatlich geförderte Projekte gelegt wurde. Die Frage, was ein Kind braucht, um in Freiheit sich selbst ausdrücken zu lernen, was ja die Grundlage für Demokratiefähigkeit darstellt, wurde nicht gestellt. Lediglich Thomas Heppner, der Leiter der Referatsgruppe Demokratie und Vielfalt im Bundesministerium BFSFJ traute sich, mit Blick auf die Radikalisierungsphänomene in Deutschland von einer großen Herausforderung zu sprechen: „Wir stehen vor einer ganz neuen Aufgabe und sind dankbar für jede Hilfe“.

Während verschiedenste pädagogische Ausrichtungen u.a. Forschungen zur Bindungstheorie, die Montessori-Pädagogik und die Waldorf-Pädagogik eindeutig den Schwerpunkt für die Entfaltung des Kindes zu einer selbstbewussten Persönlichkeit auf eine liebevolle, sichere und kreative Gestaltung des Umraums legen, gehen die staatlichen Versuche, Kinder schon im Kleinstkindalter demokratiefähig zu erziehen, eindeutig in die Förderung einer Wertevermittlung durch Bildung und Training innerhalb fester partizipativer Formen, die den freien kindlichen Willen missachten.

Es ist weithin bekannt, dass eine zu frühe Förderung kognitiver Bereiche die kindlichen Lebens- und Phantasiekräfte schwächt. Das hehre staatliche Bildungsziel, Demokratie zum Muss der kindlichen Erlebniswelt zu erheben, gleicht einer Werte-Indoktrination, wie sie Deutschland unter verschiedensten Vorzeichen schon erlebt hat. Dieser fragliche Ehrgeiz ist allerdings nur schwer zu enttarnen, da „Demokratie und Vielfalt“ selbstverständlich anerkannte Werte in unserer Gesellschaft darstellen.

Das staatliche Engagement, das aktuell in die Koordinierungsstelle „Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung“ mündet, wird zudem von den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege begleitet. So sind die zweifellos gut gemeinten Bemühungen politisch kaum in Frage zu stellen. Dass das



„selbstverständliche auf-der-Welt-sein“, das freie und kreative kindliche Spiel und die liebevolle und sichere Beziehung zu mindestens einer Bindungsperson hauptsächlich durch die Eltern geleistet wird, die für ihr Dasein vor allem Zeit jenseits einer Erwerbstätigkeit aufbringen, scheint schon am Beginn dieser zweijährigen Untersuchungen schwer zu vermitteln.

Zu hoffen bleibt, dass die pädagogische Kompetenz der verschiedenen Familienverbände in den kommenden Arbeitsgruppen zum Tragen kommt. Es wird sich zeigen müssen, inwieweit die gelebten Erfahrungen von Familien vor dem Hintergrund zunehmend schwieriger gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen in die Politikgestaltung einfließen können. Denn wenn Familien die Basis einer pluralistischen Gesellschaft darstellen, dann müssen wir uns fragen, ob nicht gerade die Missachtung ihrer Lebensnotwendigkeiten die zunehmende gesellschaftlichen Spaltungen und Radikalisierungen verursacht.

Ein erster gedanklicher Austausch innerhalb der drei Arbeitsgruppen scheint mir persönlich hoffnungsvoll. Die Arbeitsgruppe „Demokratie und Familie“ thematisiert vorwiegend die Familie als „kleinste Zelle“ jedweder Herrschaftsordnung und die Familie als Ursprungsort von Demokratieerleben. Und auch in der zweiten Arbeitsgruppe „Familie in der Demokratie“ wird auf die Familie als Fundament des Gemeinwesens hingewiesen und die Notwendigkeiten von Zeit und Geld thematisiert, ohne dass der Erwerbsdruck eine partizipative Erziehungskultur verunmöglicht. Die dritte Arbeitsgruppe behandelt die „spezifischen Belange von Kindern und Jugendlichen in der Demokratie“ und vor allem die Frage, wie Partizipation für Kinder und Jugendliche durchgängig erlebt werden kann.